



Aktionsplan gegen Desinformation

der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

11. Februar 2025

Präambel

Desinformation ist ein **Angriff auf die Demokratie**. Strategisch eingesetzt, höhlt sie das Vertrauen in demokratische Institutionen und in unabhängige Medien gezielt aus. Polarisierung wird vorangetrieben, Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen werden verschärft. Ein Gefühl von Unsicherheit wird erzeugt.

Im Kern wird unter Desinformation die absichtliche Verbreitung falscher oder irreführender Informationen verstanden, die mit der Intention verbunden ist, Menschen nicht zu überzeugen, sondern zu täuschen oder zu manipulieren. Ihr Ziel ist es, bestimmte politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Das subjektive Merkmal der **Täuschungs- oder Manipulationsabsicht** unterscheidet Desinformation von einer versehentlichen Verbreitung falscher Informationen. Diese wird begrifflich als „Misinformation“ von der Desinformation abgegrenzt.

Der vorliegende Aktionsplan fokussiert sich primär auf politisch motivierte Desinformation. Zu den Urhebern und Verbreitern insbesondere dieser Art von Desinformation zählen staatliche Akteure aus dem Ausland und Extremisten verschiedenster Organisationsgrade im Inland gleichermaßen. Ihr Ziel: Die freiheitliche demokratische Gesellschaft zu destabilisieren und das Vertrauen in ihre Institutionen wie die Organe des Rechtsstaats zu untergraben, um ihre eigenen politischen Ziele durchzusetzen. Politisch motivierte Desinformation ist insofern Teil von großangelegten Strategien.

Demokratische Gesellschaften müssen sich gegen derartige politisch motivierte Desinformation verteidigen und demokratische Grundwerte sowie ihre innere Sicherheit schützen.

Mit diesem Aktionsplan legt Nordrhein-Westfalen die **Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen** gegen Desinformation auf Landesebene – von allen Ressorts der Landesregierung, von Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft. Alle gemeinsam sind gefragt. Denn Desinformation kann nur dann Schaden anrichten, wenn wir ihr Raum geben.

Mit konsequenter, an verfassungsrechtlichen Werten orientierter Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung müssen die Räume für Desinformation enger gemacht werden. Das ist ein zentrales Ziel dieses Aktionsplans.

Die besondere Herausforderung bei der Bekämpfung von Desinformation besteht darin, die **freie Meinungsäußerung** als Grundlage eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates zu schützen und ihr **in der Balance mit dem Schutz anderer Rechtsgüter** größtmöglichen Raum einzuräumen. Denn das **Recht auf freie Rede** ist unmittelbarer Ausdruck menschlicher Persönlichkeit, die ständige geistige Auseinandersetzung und der Kampf der Meinungen sind Grundlage jeder Demokratie. Im Rahmen der Bekämpfung von Desinformation geht es nicht darum, Meinungen oder ihre Äußerung einzuschränken. Es geht darum, gerade das in den Blick zu nehmen, was eben nicht mehr dem Schutz der Meinungsäußerungsfreiheit unterfällt und **Gemeinschaftswerte** zu schützen, die gegenüber der Betätigung der Meinungsfreiheit den Vorrang haben.

Vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Implikationen ist **Prävention** – insbesondere im Sinne einer **Förderung von Medienkompetenz** – ein weiteres zentrales Handlungsfeld dieses Aktionsplans. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Entwicklung eines Bewusstseins für die **Rolle eines unabhängigen Journalismus** in einer demokratischen Gesellschaft.

Hinter einer Empfänglichkeit für Desinformation stehen häufig demokratiekritische und autoritäre politische Einstellungen. Prävention durch die Förderung von Medienkompetenz und politischer Bildung müssen daher eng verzahnt werden. Denn auch die Verbreitung von Hass und Hetze im Internet, Antisemitismus und Rassismus tragen zu einem Vertrauensverlust in die Demokratie und zu einer Erosion der Debattenkultur bei. Sie treffen zudem meist marginalisierte und vulnerable Gruppen, die es in einer Demokratie zu schützen gilt. Auch strategisch eingesetzte geschlechterspezifische Diskriminierung kann ein Einstieg in Radikalisierungsprozesse sein.

Der Kampf gegen Desinformation ist ein langfristiges Projekt und betrifft alle gesellschaftlichen Ebenen. Dieser Aktionsplan wird den Einstieg bereiten in einen dauerhaften und routinierten **Schutz der Demokratie gegen Desinformation**. Er greift kontinuierlich aktuelle politische Initiativen auf und ist so zum Beispiel mit dem Maßnahmenpaket zu Sicherheit, Migration und Prävention vom 11. September 2024 im Nachgang des Terroranschlags von Solingen verzahnt.

Der Aktionsplan baut dabei auf den Stärken unseres Bundeslandes auf.

Stärke in der Vielfalt

Nordrhein-Westfalen mit seiner **Vielfalt** an Menschen und Regionen, von urbanen Zentren bis zum ländlichen Raum und seinen Erfahrungen mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen wie dem Strukturwandel verfügt über einen breiten Wissensschatz, der uns bei der Erkennung und Bekämpfung von Desinformation helfen wird. Daraus ergibt sich zudem eine große Offenheit für Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie mit europäischen und internationalen Partnern.

Unsere Vorhaben

- Wir organisieren den **Informationsaustausch** zwischen der Landesverwaltung und **Think Tanks** sowie **Expertinnen und Experten**, auch aus Partnerländern, zu Best Practices und Maßnahmen gegen Desinformation und verwandten Phänomenen wie Verschwörungsmythen.
- Wir suchen den **Austausch und die Zusammenarbeit** mit Akteuren in wichtigen **Partnerländern** Nordrhein-Westfalens – angesichts ihrer Erfahrungen mit russischer Desinformation insbesondere Nordmazedonien, Tschechien, Rumänien, Estland und Litauen.
- Wir informieren bei **Veranstaltungen** in den Landesvertretungen in **Brüssel** und **Berlin** Akteure aus Politik und Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen auf diesem Gebiet.
- Wir thematisieren Medienpolitik, Medienvielfalt und Desinformation in **politischen Gesprächen** mit europäischen Partnern und auch auf regionaler Ebene.

- Wir thematisieren Medienkompetenz im **Regionalen Weimarer Dreieck**, beispielsweise im Rahmen der regelmäßigen Formate.
- Think Tanks, Nichtregierungsorganisationen und weitere Initiativen aus der Zivilgesellschaft engagieren sich gegen Desinformation. Auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW setzt sich vermehrt mit Verschwörungsmymen und Hass und Hetze im Netz auseinander. Wir unterstützen **zivilgesellschaftliche Akteure** bei der Vernetzung.
- Wir arbeiten eng mit der **Bundesregierung** zusammen bei der Umsetzung des „Gemeinsamen Aktionsplans von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie“.
- Wir unterstützen **Migrantenselbstorganisationen** und Menschen mit **Einwanderungsgeschichte** in den Integrationsagenturen sowie Kinder und Jugendliche im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans mit Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz.

Medienland Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hat starke Verlage und Sender, eine herausragende Film- und Gameswirtschaft und ist Standort des Grimme-Institutes sowie des Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog. Die nordrhein-westfälische **Medienlandschaft** ist durch vielfältige, unabhängige und verlässliche Angebote ein entscheidendes **Gegengewicht zu Desinformation**. Wir werden deshalb medienpolitische Initiativen zur Vielfaltssicherung und Förderung des Journalismus als Gegenmaßnahmen weiter voranbringen.

Die Landesanstalt für Medien NRW ist mit vielfältigen Forschungsprojekten und wegweisenden Maßnahmen zur Rechtsdurchsetzung eine Vorreiterin im Kampf gegen schädliche Online-Inhalte. Die Landesregierung unterstützt die Arbeit der staatsfernen Medienaufsicht durch das Monitoring und die Weiterentwicklung der zugrundeliegenden Gesetze.

Dabei haben wir die Funktionsweise von Digitalplattformen, die Art und Weise, wie Inhalte durch ihre Algorithmen kuratiert und priorisiert werden, und die daraus resultierenden Folgen für die Gesellschaft im Blick. Transparenzpflichten und Anforderungen an einen diskriminierungsfreien Umgang mit Medieninhalten, wie sie im Medienstaatsvertrag verankert sind und im „Digital Services Act“ sowie im „European Media Freedom Act“ angelegt sind, wie auch Maßnahmen zur Entwicklung einer europäischen Plattform, wie sie zuletzt durch die Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nochmals unterstützt werden, sind Ansätze zur Vielfaltssicherung, für die sich Nordrhein-Westfalen stark gemacht hat. Mit der Fortentwicklung der Geschäftsmodelle der Plattformen wird die Frage der inhaltlichen Verantwortung von Plattformen weiter zu evaluieren sein, auch im Rahmen der anstehenden Novellierung der Richtlinie über audiovisuelle Medieninhalte (AVMD-Richtlinie).

Darüber hinaus setzt sich Nordrhein-Westfalen etwa für ein Verbot sogenannter manipulativer Verbreitungstechniken ein. Hierbei geht es um Techniken, die den Ursprung von Inhalten vertuschen, ihre Reichweite künstlich erhöhen oder in wirklichkeitsverzerrender Weise ihre Rezeption und damit Bedeutung suggerieren. Hinter den nordrhein-westfälischen Vorschlag eines Verbots dieser Verbreitungstechniken hat sich bereits die Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister gestellt.

Derartige Techniken beeinträchtigen den Meinungsbildungsprozess, in dem sie Nutzerinnen und Nutzer täuschen und den fälschlichen Eindruck breiter Unterstützung für bestimmte Ideen vermitteln. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass Desinformation und radikalisierte Inhalte schnell und großflächig verbreitet werden. Das Unterbinden manipulativer Techniken richtet sich nicht gegen bestimmte Meinungsäußerungen, sondern schützt vielmehr den **freien Meinungsbildungsprozess**, einen offenen und kontroversen Austausch, vor Manipulation. Eine gezielte Verzerrung dieses Diskurses mit technischen Mitteln bedroht die Demokratie im Kern.

Bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen – und solche, deren Unwahrheit bereits im Zeitpunkt der Äußerung unzweifelhaft feststeht – sind zudem grundsätzlich nicht durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung geschützt. Auch Äußerungen, die Persönlichkeitsrechte oder die Menschenwürde verletzen, können keinen umfassenden Freiheitsschutz verlangen. Der Schutz auch anderer Rechtsgüter muss im analogen wie im digitalen Raum gewährleistet sein.

Weil eine Demokratie aber viele Äußerungen – auch im Rahmen von gezielten Kampagnen – hinnehmen muss, spielt die Aufklärung der Öffentlichkeit im Kampf gegen Desinformation eine wesentliche Rolle. Dazu zählt neben der Richtigstellung von tatsächlichen Falschmeldungen etwa die Information über Desinformationskampagnen, die dahinterstehenden Akteure und ihre Intentionen.

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist eine der Kernaufgaben des NRW-Verfassungsschutzes. Er greift das Thema Desinformation in seinen Berichten, aber auch mit innovativen Präventionsangeboten auf.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung setzt bei „Digitaler Demokratiekompetenz“ bereits einen Schwerpunkt.

Mit sehr vielfältigen und engagierten Bildungspartnern hat Nordrhein-Westfalen zudem eine Vorbildrolle bei der systematischen Vermittlung von Medienkompetenz.

Unsere Vorhaben

- Mit dem **Digital Services Act (DSA)**, der **Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (TTPW-VO)** sowie dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA) wurde auf europäischer Ebene neues Recht geschaffen, das Transparenz und Verantwortlichkeiten bestimmt. Dieses greift mit nationalen Maßnahmen ineinander. Wir werden die sich entwickelnde Praxis zu diesem neuen Regulierungsrahmen eng begleiten, um weiterhin bestehende Regulierungsbedarfe auszuloten. Dabei behalten wir insbesondere auch die Funktionsweisen der Plattformen und ihrer Algorithmen sowie deren Auswirkungen für die Gesellschaft im Blick.
- Schon jetzt ist klar, dass das Phänomen der manipulierten Verbreitungstechniken (Coordinated Unauthentic Behaviour (CIB); also etwa gekaufte Reichweiten, gefälschte Accounts, Einsatz von Bots) von den Plattformen nicht effektiv angegangen wird. Wir fordern die EU-Kommission daher auf, den DSA im engen Austausch mit den Mitgliedstaaten und den Ländern in Deutschland anzupassen und insbesondere um ein **Verbot von manipulativen Verbreitungstechniken** zu ergänzen.
- Auch darüber hinaus prüfen wir auf allen Ebenen – Landes, Bundes- und europäischer Ebene – die Möglichkeiten, Desinformation durch **Regulierung** weiter zurück zu drängen und die **Aufsicht** zu stärken.
- Wir unterstützen die Einrichtung einer **Clearingstelle** der Landesanstalt für Medien NRW und der in Deutschland präsenten Telekommunikationsunternehmen, um Sperrungen von Netzangeboten mit illegalen Inhalten schneller umzusetzen.
- Wir werden die Initiativen zum Thema sexualisierte Deepfakes (aus den Fachministerkonferenzen sowie im Bundesrat) eng begleiten und uns für **Rechtssicherheit** in diesem Bereich einsetzen.

- Wir werden die bereits durch die Landesregierung geförderten Projekte gegen Desinformation noch breiter bekannt machen. Dies sind zum Beispiel:



Der Schwerpunkt zu Desinformation im **#DigitalCheckNRW** (digitalcheck.nrw) für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Erweiterung des **NewsCheckNRW** für Lehrerinnen und Lehrer um Interviews/Module zu TikTok und KI im Journalismus.

Das Spiel „Leons Identität“, das junge Menschen für rechtsextremistische Beeinflussung im Internet sensibilisiert und die Begleitmaterialien für Schulen.

Der Themenschwerpunkt „**Digitale Demokratiekompetenz**“ der Landeszentrale für politische Bildung NRW inkl. des „Fake News Game“, das Wege der Gegenrecherche aufzeigt.

Die Informationsangebote des **Verfassungs- und Wirtschaftsschutzes** zu Verschwörungsmythen und Cybersicherheit für unterschiedliche Zielgruppen.

Der TikTok-Kanal „**realtalk.nrw**“ der Stabsstelle „Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft und der Landeszentrale für politische Bildung. Der Kanal richtet sich an eine junge Zielgruppe und soll als verlässliche Quelle für gesellschaftliche Themen, für die Interaktion mit der Zielgruppe und zur Vernetzung mit Akteuren in der Demokratie- und Präventionsarbeit dienen.

Das Projekt **Mediencouts NRW** an den weiterführenden Schulen in NRW.

- Die Landesverwaltung wird auch ihre eigenen Mitarbeitenden in den Blick nehmen: Sie sollen im Rahmen ihrer **Aus- und Fortbildung** in landeseigenen Fortbildungseinrichtungen für Inhalte, Strukturen und Ziele von Desinformation besonders sensibilisiert werden.
- Wir wollen eine stärkere Einbeziehung des Themas in Beratungsstrukturen (z.B. **Verbraucher- und Elternberatung** sowie im Bereich der **Seniorenarbeit**) prüfen.
- Auch die verstärkte Unterstützung von **Vereinen** und **ehrenamtlich Aktiven** gegen Desinformation wird geprüft.
- Der **#DigitalCheckNRW** als Angebot der GMK (Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V.) soll mit Förderung der Landesregierung inhaltlich für den Bereich Radikalisierung weiterentwickelt werden.
- Zur Sensibilisierung für die Mechanismen von Desinformation und die Strukturen und Intentionen, die dahinterstehen, suchen wir verstärkt den Austausch und die **Kooperation mit Influencern** und **Content Creators**, die netzaffine, insbesondere jüngere Zielgruppen erreichen, um gezielte **Aufklärungsarbeit** anzustoßen.
- Auch mit Computerspielen können junge Zielgruppen gut erreicht werden. Wir treiben daher die **Entwicklung präventiver Spiele**, insbesondere zu Desinformation über die Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen voran.
- Das Spiel „**Leons Identität**“ wurde zur **Prävention im Bereich Rechtsextremismus** im Auftrag der Landesregierung extern entwickelt. Auf diese Weise lassen wir nun gezielt ein Spiel im Bereich Islamismus-Prävention entwickeln.
- Wir werden das **Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog** weiter fördern; ebenso wie das **b° future festival** des Instituts, das Journalistinnen und Journalisten mit Bürgerinnen und Bürgern in den Austausch bringt.
- Die im Rahmen der Ruhr-Konferenz entstandenen Medien-Projekte **Salon5, Mentoring@NRW, NRW-Reporter** werden fortgeführt und weiterentwickelt.
- Wir werden das **Grimme-Institut** dabei unterstützen, das Thema Desinformation in den Bereichen **Medienqualität** und **Mediendiskurs** noch stärker zu setzen.

- Unser Ziel ist es, Akteurinnen und Akteure der Medienkompetenz für die Themen Künstliche Intelligenz und Desinformation zu sensibilisieren und sie zu ermutigen, in diesem Bereich mehr Angebote zu entwickeln, bestehende Angebote sichtbarer zu machen und speziell Angebote für lebensältere Menschen bereitzustellen. Durch die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Interessenvertretungen, wie beispielsweise der **Landesseniorenvertretung NRW** e.V., können die Sichtbarkeit erhöht und die Bedarfe besser auf die Zielgruppe abgestimmt werden.
- Im **Medienkompetenz_LAB**, einer von der Landesregierung und dem **Center for Advanced Internet Studies** (CAIS) initiierten Reihe zum Wissenschaft-Praxis-Austausch, werden im Jahr 2025 die Themen Desinformation und Künstliche Intelligenz Schwerpunktthemen sein.
- Auch der **Digitalwegweiser NRW**, eine von der Landesregierung geförderte Veranstaltungsreihe des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW e.V., legt seine Schwerpunkte unter anderem auf die Themen **Künstliche Intelligenz und Desinformation**. Das im Medienkompetenz_LAB entwickelte Format mit Veranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen richtet sich an Multiplikatoren, die zwischen analogen und digitalen Bildungswelten vermitteln.
- Wir wollen die Möglichkeit der aktiven Veröffentlichung von amtlichen Informationen ausschöpfen, insbesondere über Fachportale wie die zentrale Metadatenbank des Landes **Open. NRW**.
- Die Plattform **Beteiligung.NRW** als kostenloses Bürgerbeteiligungsportal für alle Behörden des Landes und die Kommunen wird kontinuierlich weiterentwickelt.
- Die Themen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus werden über das **Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus** der Landesregierung NRW eng mit dem Thema Desinformation verzahnt.
- **Einsamkeit** kann Menschen anfälliger für Desinformationen machen und Desinformation kann Einsamkeitsgefühle verstärken. Beides hat Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Thema Einsamkeit und seinen Einfluss auf die Empfänglichkeit für Desinformation sowie auf Radikalisierungsprozesse nehmen wir mit in den Blick, besonders bei der Ausgestaltung von **Präventionsprojekten**.

Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen

Zum Verständnis und zur **Entwicklung von Gegenstrategien** ist es wichtig, die Mechanismen von Desinformation zu kennen. Dazu zählen die Inhalte aktueller Desinformationsstrategien, die Verbreitung und Wirkung sowie die Effektivität von Gegenmaßnahmen. Zudem muss das Wissen über Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus erhöht werden, um diese frühzeitig zu erkennen.

Nordrhein-Westfalen kann seine Aktivitäten auf Grundlage der Erkenntnisse einer **starken Forschungslandschaft** aufbauen.

Bereits 2022/2023 hat die Landesregierung ein Forschungsprojekt zum Thema Desinformation gefördert: Am Institut für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht (ITM) der Universität Münster wurde die Rechtslage detailliert aufbereitet. Das Projekt, dessen Ergebnisse im Buch „Desinformation in Europe“ veröffentlicht wurden, schafft die Grundlage für weitere Forschung und hat für diesen Aktionsplan Ansatzpunkte ergeben.

Auch die Landesanstalt für Medien NRW fördert intensive Forschung zum Thema Desinformation; ebenso wie Universitäten und wissenschaftliche Institutionen in Nordrhein- Westfalen, unter anderem das Center for Advanced Internet Studies. Die Koordinierungsstelle des German-Austrian Digital Media Observatory (GADMO), ein Zusammenschluss von Faktencheck-Organisationen und Forschungsteams zur Bekämpfung von Desinformation, liegt derzeit bei der Technischen Universität Dortmund.

Unsere Vorhaben

- Der Digital Services Act (DSA) verpflichtet die großen Digitalplattformen stärker als zuvor dazu, der Forschung Datenzugänge zu gewähren. Das ist eine wichtige Grundlage für die Erforschung der Mechanismen, über die Desinformation die Menschen erreicht. Auch hier ist es deshalb wichtig hinzuschauen, ob die **Vorgaben des DSA umgesetzt** werden.
- Wir wollen Forschende in Nordrhein-Westfalen dazu auch mit dem **Europäischen Zentrum für Algorithmentransparenz (ECAT)** vernetzen.
- Wir wollen das **Center for Advanced Internet Studies (CAIS)** als zentrales Digitalisierungsforschungsinstitut in Nordrhein-Westfalen weiter in seiner Arbeit unterstützen, zum Beispiel zur gesellschaftlichen Relevanz von KI.
- **Wissenschaftliche Initiativen** aus Nordrhein-Westfalen wollen wir begleiten und vernetzen, um ihre Erkenntnisse schnell nutzbar zu machen.

Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hat eine **breit aufgestellte Unternehmenslandschaft**. Sie profitiert von einer offenen, demokratischen Gesellschaft. Deshalb arbeiten wir im Kampf gegen Desinformation und für Demokratie mit den Verbänden, Kammern und Unternehmen in unserem Land zusammen. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Multiplikatoren gegen Desinformation. Auch Gewerkschaften und Betriebsräte sind innerhalb und außerhalb der Unternehmen wichtige Multiplikatoren bei der Verbreitung von Wissen zum Thema Desinformation. Das wollen wir stärker unterstützen.

Unsere Vorhaben

- Die Landesregierung wird den Schulterschluss mit **Wirtschaftsverbänden, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Unternehmen, mit Gewerkschaften und Betriebsräten** in Nordrhein-Westfalen suchen, um sich gemeinsam gegen Desinformation zu positionieren.
- Wir wollen **Unternehmen** unterstützen, für ihre Mitarbeitenden Workshops zum Thema anzubieten, die sie zu **Multiplikatoren gegen Desinformation** machen. Dabei können wir auf die bestehenden Strukturen der politischen Bildung sowie Ansätze der Bildung für nachhaltige Entwicklung setzen.
- Derzeit unterstützen wir das Projekt „**Gemeinsam digital. Wirtschaft und Öffentliche Hand im Schulterschluss zur Stärkung von digitalen Kompetenzen bei Seniorinnen und Senioren**“. Ziel des Projektes ist es, Wirtschaftsakteure in die Förderung der Medienkompetenz älterer Menschen einzubinden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Umgang mit Künstlicher Intelligenz und der Bewältigung von Desinformation.

Fokus: Künstliche Intelligenz und Desinformation

Neue Technologien aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz stellen schon heute eine besondere Herausforderung dar. Dies wird sich absehbar verstärken. Gleichzeitig kann KI den Kampf gegen Desinformation unterstützen. Aufgrund der besonderen Bedeutung dieser Technologien behandelt dieser Aktionsplan sie gesondert.

Künstliche Intelligenz und Medienkompetenz

Angesichts der rapiden Entwicklung generativer KI ist das Wissen über die Funktionsweise und tatsächlichen Möglichkeiten von KI, ihre Einsatzmöglichkeiten und Risiken von grundsätzlicher Bedeutung – und dies auch für die Breite der Bevölkerung.

In Bezug auf Desinformation sind Kenntnisse über die Möglichkeiten von KI zur Erzeugung und Verbreitung von Inhalten zunehmend wichtig. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass dieses Wissen standardmäßiger Inhalt von **Präventions- und Medienkompetenzprojekten** zum Thema Desinformation wird. Dazu kann der bewährte Medienkompetenzrahmen genutzt werden.

Besonders in sozialen Netzwerken nutzen einige Content Creator KI-Tools auch, um bewusst manipulatives Material zu erstellen und zu verbreiten. Bekannte Influencer werden mit ihrer Reichweite teilweise beauftragt, fragwürdige Inhalte und Kampagnen zu verbreiten. In einigen Fällen werden Deepfakes für Desinformation genutzt. Es ist wichtig, zum einen die Content Creator selbst für das Phänomen Desinformation und ihre Schlüsselrolle zu sensibilisieren. Ziel ist zum anderen, bekannte Creator und Influencer darüber hinaus für Präventionsprojekte zu gewinnen.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, das Thema KI systematisch im Bildungssystem zu verankern – sowohl als Bildungsinhalt als auch als unterstützendes Werkzeug.

Am 28.02.2023 wurde im Landtag Nordrhein-Westfalen von den Regierungsfractionen der Antrag: „Chancen von Künstlicher Intelligenz im Bildungswesen und Forschung nutzen und Herausforderungen souverän begegnen“ (LT-Drs. 18/3299) eingebracht. Darin wird ein Dialog von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gefordert, um den Einsatz von KI-Anwendungen in Bildungseinrichtungen zu unterstützen.

In der Folge wurde auf Initiative des Center for Advanced Internet Studies (CAIS) und in Abstimmung mit der Staatskanzlei sowie dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft und dem Ministerium für Schule und Bildung im September 2023 die Taskforce „Künstliche Intelligenz im Bildungswesen“ ins Leben gerufen. Die Mitglieder aus Wissenschaft, Landesverwaltung und Bildungspraxis haben Empfehlungen für die Landesregierung erarbeitet und Anfang Juli 2024 überreicht. Als relevanter Lerninhalt wurde dort insbesondere für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung und politische Bildung die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz für sowie gegen Desinformation benannt.

KI und Journalismus gegen Desinformation

Transparent und verantwortungsvoll eingesetzt, können KI-Tools die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten gewinnbringend unterstützen. Und das entlang der kompletten Wertschöpfungskette. Von der Produktion bis zum Vertrieb sowie im Community Management. Der Einsatz von KI birgt dabei das Potential, Redaktionen vor allem Eines zu verschaffen: Zeit. Mit dem Gewinn dieser Ressource können neue Freiräume für die journalistische Arbeit geschaffen werden. Darüber hinaus könnte KI zukünftig zum Erschließen einer breiteren Leserschaft beitragen, indem sie Medien integrativer und inklusiver gestaltet.

Diesen demokratieförderlichen Chancen steht die Gefahr des Abbaus menschlicher Ressourcen gegenüber sowie eines intransparenten und fahrlässigen Einsatzes von KI-Tools, wenn dieser nicht entsprechend überprüft wird. Das könnte im schlimmsten Fall zu einem Vertrauensverlust in die Medien und zu einer Abwendung von Nachrichteninhalten führen.

Die Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI-Tools im Journalismus werden zukünftig entscheidend dazu beitragen, ob und inwieweit sie einen konstruktiven oder destruktiven Effekt im Kampf gegen Desinformation haben werden. Die Landesregierung wirbt dafür, dass die Medienunternehmen einen transparenten Umgang mit dem Einsatz von KI pflegen und dafür eigenverantwortlich Regelwerke bzw. Codizes etablieren.

In der Arbeit des Bonn Institute hat das Thema KI und Journalismus bereits einen großen Stellenwert. Die NRW-Reporter bieten in ihrem Ausbildungsprogramm eigens ein Modul zur Nutzung von KI im Journalismus an. Auch das Grimme-Institut wird das Thema KI und seine Auswirkungen auf Medienqualität verstärkt im Mediendiskurs setzen. Dies wird die Landesregierung unterstützen.

KI in der Medienaufsicht

Die Landesanstalt für Medien NRW ist mit mehreren wegweisenden Projekten Vorreiterin im Kampf gegen illegale Inhalte im Netz. Die Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ hat durch die Kooperation von Medienhäusern, Landeskriminalamt und der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW) dafür gesorgt, dass strafbare Online-Kommentare häufiger zur Anzeige und die Urheberinnen und Urheber vor Gericht gebracht werden. Mit dem KI-Tool KIVI hat sie ein wertvolles Werkzeug für die Medienaufsicht entwickeln lassen, das potenzielle Rechtsverstöße aufspürt und vorsortiert. Es wurde inzwischen auch von anderen Landesmedienanstalten übernommen und der Einsatz erfolgt koordiniert, um Ressourcen zu bündeln. Zu neuen Entwicklungen in diesem Bereich – auch zur Bekämpfung von Desinformationen – bleibt die Landesregierung im Austausch mit der Landesanstalt für Medien. Geplant ist bereits, mit dem Aufbau arabischer und englischer Sprachkompetenz und der Ausweitung von KIVI die Schlagkraft der Aufsicht deutlich zu erhöhen.

Mit der Verordnung über Künstliche Intelligenz wurde auf europäischer Ebene ein Gesetz für die Entwicklung und den Einsatz von KI-Systemen geschaffen. Es sieht unter anderem Transparenz- und Kennzeichnungspflichten für das KI-Training sowie KI-generierte Inhalte vor. Die Durchführung dieses Gesetzes werden wir ebenfalls beobachten und begleiten.

Forschung zu KI und Desinformation

In Nordrhein-Westfalen arbeiten Initiativen – aus der Wissenschaft, aber auch aus der Zivilgesellschaft – an Projekten, bei denen KI gegen Desinformation eingesetzt werden soll. Solche Initiativen wird die Landesregierung eng begleiten.